



Antrittsbesuch und Erfahrungsaustausch: Bundestagsabgeordneter Ralph Brinkhaus (links) und Bürgermeister Jürgen Lohmann.

Ralph Brinkhaus will Bau der Umgehungsstraße forcieren

Herzebrock-Clarholz (gl). Bei den Bundestagswahlen Ende September ist Ralph Brinkhaus von der CDU im Wahlkreis Gütersloh direkt gewählt worden. In Berlin vertritt er insbesondere die Belange der Städte und Gemeinden seines Wahlkreises. Um sich mit aktuellen Anliegen der Kommunen vertraut zu machen, besuchte er kürzlich Bürgermeister Jürgen Lohmann (CDU) im Herzebrock-Clarholzer Rathaus.

Der Wirtschaftsabschwung und die globale Finanzkrise wirken sich auch in Herzebrock-Clarholz direkt aus, wie es in einer Mitteilung aus dem Rathaus heißt. Die Gewerbesteuereinnahmen und der Anteil an der Einkommensteuer gehen massiv zurück. „Die Gewerbesteuern und

die Einkommensteuern sind unsere wichtigste Einnahmepositionen – und wir haben kaum Steuerungsmöglichkeiten, diese Grundlagen der Gemeindefinanzierung zu beeinflussen“, wies der Bürgermeister auf ein großes Problem hin. Dennoch werde die Gemeinde die „mit 380 Prozent attraktiv niedrigen Gewerbesteuerersatz“ nicht anheben, um für ortsansässige oder ansiedlungswillige Unternehmen kein falsches Zeichen zu setzen. Bürgermeister Lohmann und Ralph Brinkhaus waren sich einig, dass künftig bessere Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen geschaffen werden müssen.

Zur geplanten Umgehungsstraße B 64 neu versprach Ralph Brinkhaus, sich für eine Hochstu-

fung der Maßnahme in den vorrangigen Bedarf einzusetzen. Damit wird nach der Planung auch die Finanzierung sichergestellt.

Im Arbeits- und Sozialbereich hat das Bundesverfassungsgericht im Hinblick auf das Sozialgesetzbuch II, nach dem auch die Hartz-IV-Fälle behandelt werden, festgestellt, dass die derzeit gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben durch Kommune und Arbeitsverwaltung gegen das Grundgesetz verstößt. Das Gericht forderte, entweder die Verfassung zu ändern oder andere Verfahren für die Bearbeitung zu finden. Hierzu teilte Ralph Brinkhaus mit, dass im Bundestag derzeit eine Verfassungsänderung nicht angestrebt werde.